



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Treitschke, Heinrich von: Herr Biedermann und die Annexion.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Herr Biedermann und die Annexion.

Herr Redacteur! Unter den mannigfachen Angriffen, welche mein in den Preussischen Jahrbüchern enthaltener Aufsatz über die Lösung der Schleswig-holsteinischen Frage hervorgerufen, zeichnet sich die Verurtheilung von Herrn Professor Biedermann in Nr. 42 und 43 der Deutschen Allgemeinen Zeitung besonders aus, sowohl durch ihren Achtung gebietenden Umfang als auch durch einen unverhältnißmäßigen Aufwand von sittlicher Entrüstung. Wichtiger ist mir, daß Herr Biedermann seine Ansicht in einem in Leipzig vielgelesenen Blatte ausgesprochen hat. Ich glaube an der Pleiße noch einige Freunde zu besitzen, und Sie werden, Herr Redacteur, in der Ordnung finden, daß ich ein leipziger Blatt ersuche, seine Spalten einer Erwiderung zu öffnen.

Zuvörderst muß ich Herrn Biedermann bitten, wenn über ernste vaterländische Angelegenheiten verhandelt wird, weniger von meiner Person und mehr zur Sache zu sprechen. In einem Athem wirft er mir vor: ängstliche Rücksichtnahme, Mangel an Glauben an mich selbst, vermessenen Muth der Verzweiflung, träge Thatslosigkeit, endlich und vor allem leidenschaftliche Heftigkeit. Ich bekenne, daß ich beim Besprechen vaterländischer Dinge leicht warm werde; mir ist es nicht gegeben, über Deutschlands trübste Zeit mit derselben breiten Gemächlichkeit zu reden, wie über die Schicksale Hinterindiens. Aber wenn meine Weise zu schreiben wenig gemein hat mit der epischen Ruhe und Fülle der Leitartikel der D. A. Zeitung — folgt daraus, daß meine Gegner der Mühe überhoben sind, meine Gründe zu widerlegen? Herr Biedermann und andere Gesinnungsgenossen scheinen in der That diese Schlussfolgerung gezogen zu haben. Mir ist noch kein Blatt zu Gesicht gekommen, das auch nur versucht hätte, die Bedenken zu widerlegen, welche ich gegen die Lebensfähigkeit eines herzoglichen Schleswig-Holstein unter preussischer Oberhoheit ausgesprochen habe.

Ich habe versucht zu beweisen, daß durch die von Herrn Biedermann ersehnte sogenannte bundesstaatliche Unterordnung Schleswig-Holstein ein Vasallenstaat Preußens werden würde. Statt dies zu widerlegen, ruft man von allen Seiten, das sei schmähhcher Hohn. Ich aber habe im trockensten Ernste geredet und ich bitte meine Gegner, sich bei den beiden, mit den Institutionen des Bundesstaates praktisch vertrauten Völkern zu erkundigen, ob diese in der Unterwerfung der Herzogthümer unter die Militärhoheit Preußens irgend etwas zu entdecken vermögen, was dem Bundesstaate gleicht. Ich bin überzeugt, jeder Schweizer, jeder Nordamerikaner wird auf diese Frage nur mit verwundertem Lächeln antworten. Ich habe sodann ausführlich nachgewiesen, daß ein von

Parteihader und nationalen Gegensätzen zerrissener, mit Schulden überladener und dennoch zu durchgreifenden inneren Reformen gezwungener Kleinstaat nicht fähig sein wird, Deutschlands Nordmark auf die Dauer zu schirmen. Je mehr man sich die Details dieses kleinstaatlichen Daseins vergegenwärtigt, desto mehr wächst das Mißtrauen gegen seine Lebenskraft.

Man stelle sich das Nebeneinander königlicher und herzoglicher Behörden lebhaft vor die Augen; man male sich die verwickelte Lage aus, welche in jenem angegriffenen Aufsatze kurz geschildert wurde; man beachte, daß die Herzogthümer ein Offiziercorps für ihr Heer nicht besitzen und in dieser Hinsicht wesentlich von Preußens Gnade abhängen; man denke sich die unklaren Rechtsverhältnisse jenes norddeutschen Kanals, auf dessen Bau Preußen nicht verzichten kann und dessen Ufer preussisch sein müssen: — und man wird zugestehen, daß die sogenannte bundesstaatliche Unterordnung ein unhaltbarer Zustand ist — ein Zustand, den die Einheitspartei zwar im äußersten Nothfalle als einen traurigen Nothbehelf annehmen, doch nimmermehr von vornherein erstreben darf. Die Geschichte des deutschen Bundes bietet bereits ein warnendes Beispiel. Die Herrschaft Rnypphausen stand lange Zeit unter der Suzeränität des Großherzogthums Oldenburg. Hier, unter ungleich einfachern Verhältnissen, endete der halbe unwahre Zustand damit, daß der größere Staat den kleineren verschlang. An den Herzogthümern wird nach menschlichem Ermessen derselbe Fall noch weit früher eintreten. Auf all diese sachlichen Erwägungen weiß Herr Biedermann nur Folgendes zu antworten: es soll gar kein dauerhafter Zustand in den Herzogthümern begründet werden, es soll ein Provisorium dort bestehen, bis dereinst der deutsche Bundesstaat ins Leben und Schleswig-Holstein in organischen Zusammenhang mit demselben tritt!! So redet derselbe Mann, welcher der preussischen Regierung für und für die Verlängerung des Provisoriums mit harten Worten vorwirft. So redet derselbe Mann, welcher zugestehet, daß der deutsche Bundesstaat nur durch ein außerordentliches Ereigniß, vielleicht erst in fünfzig Jahren, gegründet werden kann. Mögen sich die Schleswig-Holsteiner bei Herrn Biedermann für seine schmeichelhafte Meinung bedanken. Ich kann mich nicht entschließen, einen edlen deutschen Stamm als einen Cadaver zu betrachten, gut genug, um versuchsweise während zweier Menschenalter erbkaiserialich-bundesstaatliche Experimente mit ihm anzustellen. In den Herzogthümern beginnt endlich, dem Himmel sei Dank, die Einsicht sich zu regen, daß unsere Nordmark einer endgiltigen Regelung ihrer Verhältnisse bedarf. Schon wagen brave Männer sich offen als Annexionisten zu bekennen — Männer des Bürgerstands, welche man mit den beliebten Schlagwörtern „Junker“ und „Reactionär“ nicht abfertigen kann. Während die un-deutsche Gesinnung der Particularisten von Tag zu Tag greller hervortritt, erhebt eine tapfere Partei im Lande bereits den Ruf: „Anschluß an Preußen

um jeden Preis!“ Sie stellt, wie dem Patrioten geziemt, die Pflicht gegen Deutschland höher als die Rücksicht auf das deutsche Privatfürstenrecht, sie behandelt die Einsetzung des Herzogs Friedrich als eine offene Frage. Das sind gute Zeichen, hoch erfreuliche Thatfachen.

Statt auf die Zustände der Herzogthümer einzugehen, klammert sich Herr Biedermann an zwei Stellen meiner Schrift. Manche ehrenwerthe Männer meinen, das positive Recht allein müsse in Schleswig-Holstein entscheiden. Diesen habe ich die Behauptung entgegengesetzt, daß die Frage der Herzogthümer nicht nur eine Rechtsfrage ist und daß auch die sogenannte bundesstaatliche Unterordnung mit dem positiven Rechte nicht im Einklange steht. Ein Herzog, der die Militärhoheit, die Vertretung des Staates nach Außen und andre Hoheitsrechte an einen andern Fürsten abgetreten hat, befindet sich unzweifelhaft nicht mehr im Genuße der bundesrechtlich vorgeschriebenen Souveränität. An dieser Thatfache wird durch sittliche Entrüstung nichts geändert.

Alsdann hebt Herr Biedermann einen andren Satz aus meinem Schriftchen heraus und verwickelt denselben mit verschiedenen Bruchstücken aus meinen „historischen und politischen Aufsätzen“ zu einem Knäuel von Behauptungen. Ich ziehe vor, diesen Knoten, der nicht von mir geschürzt ward, zu durchhauen statt ihn zu entwirren. Schon mancher einsichtige Freund hat mir vorgeworfen, daß ich meine Ansichten über die nationale Politik allzu offen ausspreche. Herr Biedermann dagegen findet meine Meinung undeutlich. Ich erlaube mir, ihm mit wenigen Worten reinen Wein einzuschenken. Den wichtigsten praktischen Fortschritt, welchen Deutschlands Einheit in den jüngsten zwei Jahrhunderten gemacht hat, erblicke ich darin, daß Preußen zu einer Großmacht herangewachsen ist und verlebte Kleinstaaten beharrlich seinem kräftigen Körper angegliedert hat. Dieses Staates Macht zu wahren und zu mehren halte ich für die erste Pflicht des deutschen Patrioten. Trachtet Preußen, wie im gegenwärtigen Augenblicke, mit einiger Aussicht auf Erfolg nach der Erweiterung seiner Grenzen, so sind wir alle verpflichtet, dies preiswürdige Unternehmen zu unterstützen. Einen solchen Gewinn zu mißachten in der Hoffnung auf einen irgendeinmal und irgendwie eintretenden deutschen Bundesstaat scheint mir verkehrt. Ich habe in dem von Herrn Biedermann citirten Buche versucht, die ungeheuren Schwierigkeiten darzulegen, welche sich einem Bundesstaate monarchischer Staaten von sehr ungleicher Macht entgegenstellen. Ich kam dabei — auf die Gefahr hin, die Lieblingsvorstellungen vieler deutscher Gelehrten zu zerstören — zu dem Ergebnisse, daß die Geschichte Deutschlands der Entwicklung Italiens näher steht als den Zuständen Nordamerikas und der Schweiz. Aber ich weiß, daß viele Wege nach Rom führen; ich weiß, daß nicht die Logik das höchste Gesetz im Leben der Völker bildet. Ich bin der doctrinäre Thor nicht, heute schon ein detaillirtes Programm für eine Frage aufzustellen, welche vielleicht erst in einem

Menschenalter praktisch wird. Herr Biedermann freilich bezeichnet mich als radicalen Unitarier. Zu seiner Ehre nehme ich an, daß er mein Buch nur durchblättert hat; wenn er auf S. 589 f. nachschlägt, wird er finden, daß er mir Unrecht gethan hat. — Nur Gines scheint mir schon jetzt sicher: daß Deutschlands Einheit allein zu erreichen ist durch den Anschluß der Kleinstaaten an Preußen. Die Weise dieses Anschlusses hängt ab von Verhältnissen, die kein Seher heute ahnen mag.

Die brennende Frage des Augenblicks dagegen steht nicht in unmittelbarem Zusammenhange mit der Frage der deutschen Zukunft. Jahrelang haben unsere Patrioten geglaubt, die schleswig-holsteinische Frage sei die deutsche Frage selber; wer die eine löse, werde auch die andere zum Ende bringen. Die Erfahrung hat das Irrige dieser Meinung offenbart; und ich zweifle nicht, Herrn Biedermanns jetzige Ansicht, die schleswig-holsteinische Frage sei die deutsche Frage „im Kleinen“, wird schon in der nächsten Zukunft als gleichfalls unhaltbar sich erweisen. Wie immer die Entscheidung im Norden fallen mag, das Problem der deutschen Zukunft wird nach wie vor unverändert vor uns liegen. Ist es überhaupt möglich, einen Staat von 19 Millionen Menschen mit einigen Duzend Kleinstaaten zu einem lebensfähigen Bundesstaat zu verschmelzen, so muß dies auch möglich sein, wenn dieser Staat 20 Millionen zählt. Die Unterordnung Schleswig-Holsteins unter Preußens Oberhoheit bildet keinen Präcedenzfall für den deutschen Bundesstaat; denn zwischen einem Vasallen und dem gleichberechtigten Gliede einer großen Föderation ist ein himmelweiter Unterschied. Desgleichen die Annexion eines bisher abhängigen und augenblicklich herrenlosen Landes, das einer Neuordnung bedarf, bildet keinen Präcedenzfall für die Annexion von Staaten, welche seit einem halben Jahrhundert der Selbständigkeit und einer rechtlich anerkannten Ordnung sich erfreuen. Daher glaube ich, auch die unbedingten Anhänger des Bundesstaates sind in dem vorliegenden außerordentlichen Falle verpflichtet, für die Annexion zu wirken, damit nicht einem problematischen zukünftigen Gute zu Lieb' ein realer gegenwärtiger Gewinn verscherzt werde. Herr Biedermann mag diese Ansichten falsch, er mag sie ruchlos oder auch „unorganisch“ finden: an Deutlichkeit lassen sie sicherlich nichts zu wünschen übrig.

Der Ausgang des transalpingischen Handels wird schwerlich den Hoffnungen der Patrioten entsprechen. Die Verbindung Preußens mit Oestreich wird, wie zu fürchten steht, sich bestrafen, und auch der Zeitpunkt kann kommen, da fremde Mächte, gewarnt durch die patriotischen Mahnungen mittelstaatlicher Diplomaten, plötzlich entdecken, das Gleichgewicht im Norden sei gefährdet. Die Haltung der Presse wird freilich auf diese Dinge nur geringen Einfluß üben; darum kann einem großen Theil der liberalen Zeitungen doch nicht der Vorwurf erspart werden, daß sie nicht rechtzeitig verstanden, über einer großen

nationalen Machtfrage den Groll der Partei zu vergessen. Es ist die alte nieder-
schlagende Erfahrung: so lange beim schäumenden Becher gesungen und geredet
wird, scheinen wir eine Nation; kommt es zum Handeln, so sind wir unser
dreiunddreißig!

Noch ein Wort an meinen Gegner persönlich. Vor einigen Wochen über-
raschte uns Herr Biedermann durch die Bemerkung, das Verbot der Deutschen
Allgemeinen Zeitung in den vierziger Jahren bezeichne einen Wendepunkt in der
Geschichte Preußens; er knüpfte daran die Vermuthung, das wiederholte Ver-
bot des Blattes im Jahre 1864 werde abermals verhängnißvoll werden für
den norddeutschen Großstaat. Ich halte die Deutsche Allgemeine Zeitung für
ein sehr ehrenwerthes Blatt; jedoch ob wirklich ein so inniger Zusammenhang
besteht zwischen den polizeilichen Erlebnissen desselben und den Geschicken Preu-
ßens — über diese Frage ist die historische Kritik zu einem abschließenden Ur-
theile noch nicht gelangt. Wer mit so hoch gesteigertem Selbstgefühl aus lu-
stiger Höhe auf seine Gegner schaut, dem widerfahren leicht ärgerliche kleine Un-
genauigkeiten. Hätte z. B. Herr Biedermann es der Mühe werth gefunden,
meinen Namen zu lesen, so würde er mich nicht hartnäckig mit einem meiner
Verwandten verwechselt haben, der an meinen politischen Sünden schuldlos ist.
Auch ist es im gesitteten politischen Streite nicht üblich, dem Gegner „herzliches
Mitleid“ auszusprechen. Ich wenigstens bedaure, diese christliche Empfindung
des Herrn Biedermann nicht annehmen zu können.

Jene Leser der Deutschen Allgemeinen Zeitung in Leipzig, welche sich noch
mit einiger Theilnahme meiner erinnern, bitte ich einfach, meine kleine Schrift
selber zu lesen. Dann werden sie finden, daß die Deutsche Allgemeine Zeitung
ein unrichtiges Bild von dem Aufsätze gegeben hat. Dann werden sie auch
begreifen, warum ich für die Zukunft darauf verzichte, mit Herrn Biedermann
einen literarischen Strauß auszusetzen.

Freiburg i. B., 22. Febr. 1865.

Heinrich von Treitschke.